



## **Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 1, 02.07.2009**

---

**Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt**

**Überholte Geschlechterrollen in Arbeitsmarktprogrammen überwinden**

**Neues Ladenschlussgesetz**

**Bildungsurlaubsgesetz reformieren**

**Endlich Mikrokredite für Bremens Kreative**

**Was passiert beim Öffnen giftbegaster Container im Hafen?**

**Tipps und Links aus dem Internet**

---

*Liebe Leserinnen und Leser unseres Newsletters Arbeit, Wirtschaft und Häfen,*

*mit diesem Newsletter möchten wir Sie über Aktuelles aus den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Häfen informieren. Sie erfahren unter anderem, welche parlamentarischen Initiativen wir gerade gestartet haben und welche wir in der Pipeline haben. Wir versorgen Sie mit Hintergrundinformationen und machen Sie auf interessante Links aufmerksam. Die Newsletter-Ausgaben werden auf der Homepage elektronisch archiviert und können dort jederzeit recherchiert werden.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Silvia Schön, Klaus Möhle, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin*

*PS: Aufgrund abweichender Einstellungen verschiedener E-Mail-Programme kann es gerade bei Umlauten zu Wort-Verstümmelungen kommen. Um dieses Problem zu umgehen, erhalten Sie den Newsletter auch als PDF-Anhang. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns mitteilen, ob diese E-Mail für Sie lesbar ist.*

## **Chancengleichheit für Frauen beim Ein-, Um- und Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt**

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt noch immer benachteiligt. Obwohl junge Frauen mit durchschnittlich höheren und besseren Schulabschlüssen zu Beginn des Berufslebens die besseren Startchancen haben, bleiben sie im weiteren Verlauf insbesondere in gut bezahlten Zukunftsbranchen und zukunftssträchtigen Berufsfeldern, wie etwa der Umwelt-, Windenergie- und der IT-Branche oder der Logistikwirtschaft ebenso wie in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Frauen verdienen im Bundesdurchschnitt 22 Prozent und im Land Bremen sogar 24 Prozent weniger als Männer. Von den erwerbstätigen Frauen beziehen 27 Prozent ergänzendes Arbeitslosengeld; 30 Prozent der Frauen arbeiten im Niedriglohnbereich unter 9,61 Euro pro Stunde, und 61 Prozent der Minijobs werden von Frauen ausgeführt.

Dass Frauenförderung für uns kein bloßes Lippenbekenntnis ist, zeigt das neue Chancengleichheitsprogramm, an dem wir einige Zeit gefeilt haben und das nun – seit der letzten Sitzung der Arbeitsdeputation - endlich in trockenen Tüchern ist. Damit haben wir ein weiteres wichtiges Ziel der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Für die Jahre 2010 bis 2012 sind zunächst drei Millionen Euro freigegeben worden. Dazu erklärt Silvia Schön: „Mit diesem Programm wollen wir dazu beitragen, die strukturelle Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Das Chancengleichheitsprogramm soll Frauen den Einstieg in klassische Männerberufe ermöglichen. Dazu gehören beispielsweise Branchen wie Logistik, Windkraft oder auch IT. Außerdem sollen Frauen bessere Aufstiegschancen in Berufen erhalten, die vor allem von ihnen ausgeübt werden. Etwa im Pflege-Bereich, wo Führungspositionen oftmals mit Männern besetzt sind. Nicht zuletzt wollen wir auch den Ein- und Aufstieg von Frauen in Berufen mit ingenieur- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Qualifikationen fördern.“

Im Rahmen des Chancengleichheitsprogramms sollen Abschluss-Qualifizierungen ebenso wie Coachings und Netzwerk-Bildungen erfolgen. Dafür können sich potenzielle Träger demnächst bewerben.

„Unabhängig davon bleibt die Förderung von Frauen in allen Arbeitsmarktprogrammen eine Querschnittsaufgabe“, so Silvia Schön.

### **Überholte Geschlechterrollen in Arbeitsmarktprogrammen überwinden: Kleine Anfrage der Grünen zur Nachsteuerung von arbeitsmarktpolitischen Programmen**

Arbeitsmarktprogramme müssen auch dazu beitragen, geschlechterspezifische Rollenverteilungen zu überwinden. Frauen, darunter viele Alleinerziehende, müssen in die Lage versetzt werden, durch Erwerbsarbeit ihre Existenz und die ihrer Kinder eigenständig abzusichern.

Die bestehenden Arbeitsmarktprogramme im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) fördern die Chancengleichheit von Frauen noch nicht zielgerichtet, wie die erste Evaluation (Jahresfortschrittsbericht 2008) gezeigt hat. Sie verharren in der klassischen Rollenverteilung nach der Devise: Frauen in die Altenpflege, Männer in die Windenergie. Zwar weist beispielsweise das zentrale Teilprogramm „Bremer Fachkräfteinitiative“ insgesamt eine Frauenquote von 57 Prozent auf, allerdings werden sie vor allem für klassische Frauenberufe qualifiziert. In Förderbereichen wie Erziehung sind 91 Prozent der Teilnehmenden Frauen, bei der berufsbegleitenden Altenpflege stellen sie 83 Prozent aller Teilnehmenden. Bei der Qualifikation für Berufe der technologischen Innovation sind Frauen mit gerade mal einem Prozent aller Teilnehmenden vertreten. Wir fragen den Senat, mit welchen Maßnahmen und Strategien er dafür Sorge tragen wird, dass Frauen bessere Chancen haben, auch in den klassischen Männerdomänen erwerbstätig zu sein.

Die Kleine Anfrage finden Sie unter: [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/290/290493.kleine\\_anfrage\\_programm\\_bremer\\_fachkraefteinitiativ.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/290/290493.kleine_anfrage_programm_bremer_fachkraefteinitiativ.pdf)

### **Antrag der Grünen und der SPD zu „Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln“**

Das Lernen im Lebenslauf gehört zu den großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland und ist damit entscheidend für die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger, den Erfolg der Wirtschaft und die Zukunft der Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich Wissen ständig tiefgreifend wandelt, reicht eine Berufs- oder Hochschulbildung nicht mehr ein ganzes Leben. Stattdessen stehen Bürgerinnen und Bürger vor der Herausforderung, ihr Wissen durch Lernen ständig anzupassen und zu erweitern.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels müssen Gesellschaft und Unternehmen ein ureigenes Interesse an der Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein. Die Bremische Bürgerschaft hat bereits 1974 das Bremische Bildungsurlaubsgesetz erlassen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit auf Bildungsfreistellung für anerkannte Bildungsveranstaltungen unter Weiterzahlung ihres Gehalts gegeben. Es wird von einer Bildungsurlaubsbeteiligung von deutlich unter fünf Prozent ausgegangen. Deshalb will die Bremische Bürgerschaft darauf hinwirken, die Chancen auf Bildungsbeteiligung deutlich zu steigern.

Daher hat die grüne Fraktion gemeinsam mit der SPD in die Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, in dem der Senat gebeten werden soll, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Bildungsbeteiligung insbesondere bildungsungewohnter Menschen nachhaltig verbessert. Dabei muss es auch darum gehen, die Teilnahmequote am Bildungsurlaub deutlich zu steigern. Der Senat wird außerdem

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

gebeten, bis September 2009 der Bremischen Bürgerschaft eine Gesetzesänderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes vorzulegen, die folgende Änderungen enthalten soll:

- 1.) Bildungsurlaub künftig ab einem Tag Dauer, bei Beibehaltung des Zwei-Wochen-Anspruchs in zwei Jahren, zu gewähren,
- 2.) private Bildungsanbieter zuzulassen,
- 3.) nicht in Anspruch genommenen Bildungsurlaub über den Zweijahreszeitraum hinaus nicht mehr zu übertragen und
- 4.) das Gesetz soll in gendergerechter Sprache überarbeitet werden.

Die Verordnung zum Bremischen Bildungsurlaubsgesetz soll entsprechend angepasst werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass bei der Anerkennung der Bildungsurlaubsmaßnahmen die Qualitätsstandards für gemeinnützige und private Anbieter gleichermaßen gelten.

Das Thema kommt auf die Sitzung der August-Bürgerschaft.

Hier geht es zum Antrag:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/289/289705.antrag\\_bildungsurlaub\\_als\\_instrument\\_zur.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/289/289705.antrag_bildungsurlaub_als_instrument_zur.pdf)

### **Neues Ladenschlussgesetz**

Anlass der Gesetzesänderung war das mitten in dem touristischen Gebiet Havenwelten liegende 9.000 qm kleine Einkaufszentrum „Mediterraneo“, das vorrangig am Wochenende sein Publikum anlockt. Dessen Ansinnen, auch sonntags seine Geschäfte zu öffnen, löste eine breite Debatte über Ladenschlusszeiten aus. Die Konkurrenz reagierte missmutig, die Gewerkschaften befürchteten eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und starteten mehrere Aktionen gegen das Vorhaben. Auch die Kirchen wendeten sich entschieden gegen die Änderung des Gesetzes.

Im Kern geht es bei der Änderung des Ladenschlussgesetzes um eine Klarstellung, welche Gebiete in Bremen und Bremerhaven zu den Ausflugsorten gehören und an 40 Sonntagen geöffnet sein dürfen – allerdings nur mit einem touristischen Warenangebot. Neu hinzugekommen ist das Gebiet „Alter Hafen, Museumshafen und Weser“, für das ein erweitertes Warenangebot an 20 von 40 Sonntagen verkauft werden darf. Diese Regelung ist zeitlich befristet bis zum 30. September 2009.

„TouristInnen haben heute geänderte Bedürfnisse“, stellte Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, fest. „Dazu gehört offenbar auch Einkaufen am Sonntag. Wichtig ist uns, dass die Gesetzesänderung nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geht, sondern die Interessen der EinzelhändlerInnen im Mediterraneo mit denen der Touristinnen und Touristen sowie jenen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuwägen sind.“ Mit einem zusätzlichen Antrag, der mit dem neuen Ladenschlussgesetz von der Bürgerschaft verabschiedet wurde, werden die

EinzelhändlerInnen dazu aufgefordert, wenigstens den ortsüblichen Tarif zu zahlen, die Sonntagsarbeit angemessen zu vergüten und die Tarifparteien sowie der Senat werden gebeten Schritte einzuleiten, die einschlägigen Tarifverträge für regional allgemeinverbindlich zu erklären.

Hier finden Sie die entsprechende Mitteilung des Senats, die am 17.6.09 von der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet wurde:

[http://www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/209/5178\\_1.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/209/5178_1.pdf)

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/289/289845.antrag\\_arbeitnehmerinnenrechte\\_bei\\_sonnentagen.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/289/289845.antrag_arbeitnehmerinnenrechte_bei_sonnentagen.pdf)

### **Endlich Mikrokredite für Bremens Kreative**

Seit Jahren kämpft Klaus Möhle dafür, für Kreative in Bremen besser und vor allem einfacher Mikrodarlehen zugänglich zu machen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des – seit rotgrüner Regierungsübernahme endlich gestärkten – Bereichs Kreativwirtschaft in der WFB (früher BIG) können mit dem Deputationsbeschluss Wirtschaft und Häfen vom 10.6.09 über ein neues Programm die Vergabe von Mikrokrediten bis zu 10.000 € steuern. Informieren Sie sich unter: <http://www.wfb-bremen.de/de/wfb-branchen-kreativwirtschaft>.

### **Giftbegaste Container im Hafen, was passiert?**

Hin und wieder berichten Medien über die Gefahren für Beschäftigte am Hafen und beim Zoll durch giftbegaste Importcontainer. Frank Willmann wollte es genauer wissen und fragte beim Senat nach. Jetzt liegt eine Antwort auf unsere kleine Anfrage vor, ein paar Unklarheiten sind nun beseitigt, aber die Probleme sind dadurch für uns noch nicht gelöst. Lesen Sie selbst: <http://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?area=1&np=8,49,78,0,0,0,0,0>  
Wir bleiben dran!

### **Tipps und Links aus dem Internet**

Was Norwegen tut, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten zu erhöhen, erfahren Sie hier:

<http://www.norwegen.or.at/policy/gender/F%C3%B6rderung+von+Frauen+in+F%C3%B6hrungspositionen.htm>

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

## **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin  
[silvia.schoen@gruene-bremen.de](mailto:silvia.schoen@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-231)



Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher  
[klaus.moehle@gruene-bremen.de](mailto:klaus.moehle@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-248)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher  
[frank.willmann@gruene-bremen.de](mailto:frank.willmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit  
[andrea.quick@gruene-bremen.de](mailto:andrea.quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa  
[christine.moeglin@gruene-bremen.de](mailto:christine.moeglin@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.